



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

16. Nov. 1983

Decisione

1976

Libanesische Versöhnungskonferenz in Genf;
 Sicherheitsmassnahmen des Staatsrates der Republik
 und des Kantons Genf vom 7. November 1983;
 Beantwortung

Aufgrund des Antrages des EDA vom 15. November 1983,

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens

wird beschlossen:

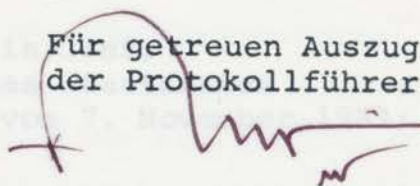
1. Das Begehren der Behörden der Republik und des Kantons Genf vom 7. November 1983 um Verstärkung resp. Entlastung ihrer eigenen Polizei durch Polizeikräfte anderer Kantone im Zusammenhang mit der libanesischen Versöhnungskonferenz ist im Lichte der Ausführungen im Antrag begründet.
2. Der Bundesrat lädt die Kantonsregierungen ein, dem Kanton Genf die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz der ausserkantonalen Beamten wird mit 150 Franken pro Mann und Tag entschädigt.
3. Für die Dauer der libanesischen Versöhnungskonferenz werden 10 Personenwagen der Marke "Opel Rekord" und 20 "VW"-Busse leihweise, versehen mit zivilen Kontrollschildern und ohne Fahrzeuglenker, abgegeben.

Die Kaserne in Les Vernets wird als Unterkunft der zusätzlich eingesetzten Polizeibeamten der anderen Kantone für Sicherungsaufgaben zur Verfügung gestellt.

4. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten wird für 1983 zu einer Kreditüberschreitung in Höhe der nicht bezifferbaren Gesamtaufwendungen ermächtigt. Es wird ferner ermächtigt, für die im Jahre 1984 zu tätigen Ausgaben im Zusammenhang mit der Konferenz, die ebenfalls noch nicht zu beziffern sind, zu gegebener Zeit ein Nachtragskreditbegehren im Umfang der tatsächlichen Kosten einzureichen. Dazu wird eine Ad-hoc-Budget-Rubrik 201.373.05 "Libanesische Versöhnungskonferenz" eröffnet.
5. Der Entwurf eines Antwortschreibens an den Staatsrat der Republik und des Kantons Genf wird gutgeheissen.

6. Vollzug der Ziffer 2 hiervoor durch das Justiz- und Polizeidepartement. Vollzug der Ziffer 3 hiervoor durch das Militärdepartement. Vollzug der Ziffer 4 hiervoor durch das Departement für auswärtige Angelegenheiten und das Finanzdepartement. Vollzug der Ziffer 5 hiervoor durch die Bundeskanzlei.
7. Alle Beschlusspunkte hiervoor gelten für die gesamte Dauer der Konferenz, d.h. für alle möglicherweise durch zeitliche Unterbrüche voneinander getrennten Konferenzphasen. Die in den Ziffern 2 und 5 hiervoor genannten Schreiben sind jeweils sinngemäss anzupassen und durch die mit dem Vollzug beauftragten Departemente direkt zu veranlassen. Dasselbe gilt für die Unterbringung und für die Materialausleihe durch die Armee im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:



1. Einleitung

Mitteilung:

An den Staatsrat Genf,
an die Kantonsregierungen, durch die Bundeskanzlei

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
X		EJPD	5	-
X		EMD	5	-
X		EFD	7	-
		EVD		
		EVED		
X		BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

33

o.104.10(1) Bern, den 15. November 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

**Für die BR.-Sitzung
vom 16. NOV. 1983**

An den Bundesrat

Ausgeteilt

Libanesische Versöhnungskonferenz in Genf;
Sicherheitsmassnahmen. Schreiben des Staatsrates
der Republik und des Kantons Genf vom 7. November 1983;
Beantwortung

1. Einleitung

In der Präsidialverfügung des Bundesrates vom 28. Oktober 1983 und im Bundesratsbeschluss vom 9. November 1983 ist bereits prinzipiell anerkannt worden, dass der Bund die Kosten des interkantonalen Polizeieinsatzes für die Sicherheitsmassnahmen zugunsten der libanesischen Versöhnungskonferenz in Genf übernehme. Zu diesem Zwecke wurde eine Kreditüberschreitung von 100'000 Franken bewilligt, welche der Entschädigung der Kantone dienen sollte, die Polizeikräfte zur Verfügung stellen. Diese Summe ging von der Annahme aus, es seien zur Sicherung der genannten Konferenz zusätzlich rund 30 - 45 nichtgenferische Polizisten nötig.

In der Zwischenzeit ist der Staatsrat der Republik und des Kantons Genf mit Schreiben vom 7. November 1983 erneut an den Bundesrat gelangt (siehe Beilage). In unserem Mitbericht vom 8. November 1983 zum Antrag des Justiz- und Polizeidepartementes vom 3. November 1983 haben wir bereits darauf hingewiesen und den Bundesrat darüber orientiert. Der Genfer Staatsrat ersucht für den Fall einer Wiederaufnahme der Libanonkonferenz und im Lichte

- 2 -

der äusserst angespannten Personalsituation bei der Genfer Polizei im Rahmen der interkantonalen Polizeihilfe um zusätzliche 300 Beamte, um Zurverfügungstellung der Kaserne Les Vernets zu deren Unterbringung sowie um Ausleihe von 10 Wagen "Opel Rekord" und 20 Bussen "VW" aus den Beständen der Armee.

2. Allgemeine Erwägungen

Die Beherbergung der libanesischen Versöhnungskonferenz auf unserem Territorium ist einmal mehr Ausdruck unseres Willens, überall dort, wo es möglich ist, einen nützlichen Beitrag für den Frieden zu leisten. Dies entspricht, wie bereits im oben erwähnten Mitbericht dargelegt, unserer Politik der Disponibilität und der Guten Dienste. Die bereits in der ersten Konferenzphase erreichten Resultate berechtigen im übrigen zu einem vorsichtigen Optimismus. Wir sind daher der Meinung, dass das Gesuch des Kantons Genf aus allgemein politischen und aussenpolitischen Gründen positiv beantwortet werden soll.

Allerdings ist im jetzigen Zeitpunkt weder bekannt, ob die Konferenz überhaupt weiter durchgeführt noch wann sie genau wiederaufgenommen wird. Sie könnte frühestens Ende November wieder eröffnet werden; möglich sind aber auch spätere Daten im Dezember oder sogar im Januar. Die Dauer kann sehr kurz oder auch länger sein. Möglicherweise handelt es sich auch nur um eine weitere Konferenzphase, der sich jeweils nach zeitlichen Unterbrüchen weitere Sitzungen anschliessen werden. Um gegen alle Eventualitäten gewappnet zu sein und um auch die technischen Vorbereitungen zu erleichtern, ist es wichtig, dass der Bundesrat bereits jetzt einen positiven Grundsatzentscheid fällt.

3. Verstärkung der Genfer Polizei

Infolge konkreter Drohungen ist der bereits hohe Gefährdungsgrad der Libanonkonferenz noch gestiegen. Die relativ hohe Anzahl der

benötigten Beamten erklärt sich zusätzlich aus der extremen Dauerbelastung der Genfer Polizei infolge ihres Engagements in zwei sich kurzfristig folgenden Grossanlässen (Palästinakonferenz und libanesischer Versöhnungskonferenz) sowie den zentralen Bewachungsbedürfnissen. Das Gesuch Genfs ist deshalb begründet.

Wir betrachten es als angemessen, analog zur Palästinakonferenz den Einsatz der ausserkantonalen Beamten mit 150 Franken pro Mann und Tag zu entschädigen. Aus Gründen der Gleichbehandlung würde die Hilfeleistung der Kantone bereits während der abgeschlossenen ersten Konferenzphase in gleicher Höhe entschädigt.

4. Unterbringung der zusätzlichen Polizeikräfte und Ausleihe von Armeefahrzeugen

Das EMD ist in der Lage, aus Beständen des Armeemotorfahrzeugparks in Thun 10 "Opel Rekord" und 20 "VW"-Busse für die Dauer der Konferenz antragsgemäss abzugeben. Da als Fahrzeuglenker ausschliesslich Polizeibeamte eingesetzt werden, müssen die Fahrzeuge mit zivilen Kontrollschildern versehen werden. Zur Abklärung aller mit der leihweise Ueberlassung zusammenhängenden Einzelheiten ist als Verbindungsmann des EMD Herr Armin Saurer, AMP Thun, Tel. Nr. 033/ 28'36'47, 3602 Thun-Schwäbis, bestimmt worden.

Die vom Staatsrat des Kantons Genf als Unterkunft für zusätzlich benötigte Polizeibeamte anderer Kantone vorgesehene Kaserne in Les Vernets kann durch Umdisponierung für die Konferenzdauer nachträglich freigemacht werden. Um allfällige Koordinationsprobleme auf ein unumgängliches Minimum zu halten, ist das EMD darauf angewiesen, den Belegungstermin raschmöglichst zu erfahren. Als Verbindungsmann ist Herr Hertig Erwin, Tel. Nr. 031/ 67'23'10, Abteilung Waffen- und Schiessplätze, Stab Gruppe für Ausbildung, Papiermühlestrasse 14, 3003 Bern, bestimmt worden.

5. Finanzielle Aspekte

Die Uebernahme der Kosten für die interkantonale Polizeihilfe durch den Bund ist im Prinzip im Bundesratsbeschluss vom 9. November 1983 bereits gutgeheissen. Die dazu bewilligte Kreditüberschreitung von 100'000 Franken ging allerdings nur von einem zusätzlichen Kontingent von 30 - 45 Mann aus. Im Lichte der neuesten Entwicklungen könnte die Kreditüberschreitung das Mehrfache des genannten Betrages ausmachen. Da die Dauer der Konferenz, die durch Unterbrüche in mehrere Phasen zerfallen kann, völlig unbestimmt ist, kann der tatsächlich aufzuwendende Betrag nicht zum vornherein beziffert werden. Der Bundesrat sollte daher beschliessen, dass die tatsächliche Kreditüberschreitung zu Lasten des Bundes gehe. Dazu kommen noch die der Armee zufallenden Ausgaben, die darin subsumiert würden.

Die in Aussicht genommenen Massnahmen beruhen auf Prinzipien unserer Aussenpolitik und fallen in die Zuständigkeit des Departements für auswärtige Angelegenheiten. Dieses verfügt aber in den Budgets 1983 und 1984 über keine diesbezüglichen Kredite. Der Bundesrat sollte es daher zu einer Kreditüberschreitung für 1983 in Höhe der nicht bezifferbaren Gesamtaufwendungen ermächtigen. Sollten für die Konferenz noch Ausgaben im Jahre 1984 nötig sein, wäre das Departement für auswärtige Angelegenheiten ermächtigt, für dieses Jahr zu gegebener Zeit ein entsprechendes Nachtragskreditbegehren einzureichen. Die Kredite würden unter einer Ad-hoc-Budget-Rubrik 201.373.05 "Libanesische Versöhnungskonferenz" eröffnet.

6. Vorverfahren des vorliegenden Antrages

Die Bundesanwaltschaft und die Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung (Abteilung Armeebelange) sind mit den Ausführungen im vorliegenden Antrag einverstanden. Für die finanziellen Aspekte

Genève, le 7 novembre 1983

wurde die Finanzverwaltung konsultiert.

7. Antrag

Wir beantragen Ihnen, im Lichte obiger Ausführungen dem beiliegenden Beschlussentwurf.

Objet : Reprise de la Conférence sur le Liban

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



Pierre Aubert

Beilagen:

- Brief des Genfer Staatsrates vom 7. November 1983
- Briefentwurf an die Kantonsregierungen
- Briefentwurf an den Genfer Staatsrat
- Beschlussentwurf

Zum Mitbericht an:

- EJPD
- EMD
- EFD
- BK



KONT. TENEERAS LVX

RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

Genève, le 7 novembre 1983

Le Conseil d'Etat

1161 - 83



AU CONSEIL FEDERAL

Palais fédéral

3003 B E R N E

Kopie an die Herren Bundesräte,
den Bundeskanzler und die Vizekanzler

Objet : Reprise de la Conférence sur le Liban

Fidèles et chers Confédérés,

Nous avons l'honneur de nous référer à notre courrier du 28 octobre dernier concernant l'organisation à Genève de la Conférence sur la paix au Liban et vous remercions de l'accueil que vous avez bien voulu lui réserver.

Selon les renseignements qui sont aujourd'hui en notre possession, il apparaît que la conférence susrappelée reprendrait très prochainement en nos murs, au plus tôt le 14 novembre 1983, mais selon toute vraisemblance aux alentours du 22 novembre courant.

Au Comme vous le savez, la situation de la police genevoise est des plus précaires, compte tenu des efforts que nous avons dû lui demander dans un premier temps à l'occasion de la Conférence internationale sur la question de Palestine au cours de l'été dernier, puis tout récemment pour la Conférence sur la paix au Liban. Tous les congés et toutes les vacances ont été supprimés pendant ces périodes et nous enregistrons à ce jour plus de 70000 heures de travail à restituer à nos hommes. Or, à teneur de la loi sur la police du 26 octobre 1957, ces derniers ne peuvent prétendre à aucun supplément de traitement du fait de services exceptionnels ou supplémentaires.

BUNDESKANZLEI	
- 8. 11. 83	HR
H.H. BR	
<input checked="" type="checkbox"/>	EE - KOPIC
<input type="checkbox"/>	EE
<input checked="" type="checkbox"/>	EE - FD
<input type="checkbox"/>	EVD
<input type="checkbox"/>	EE - D
<input type="checkbox"/>	EVD
<input type="checkbox"/>	EE - D
<input checked="" type="checkbox"/>	EE - B, FC, HC
Empfang bestätigt	

En conséquence, il nous appartient de les restituer sous forme de jours de congé. Il en résulte que nous sommes placés devant une situation extrêmement délicate nous obligeant à diminuer la sécurité générale pour permettre à ces fonctionnaires de police de récupérer leurs heures.

Dans ces conditions, nous vous saurions gré de bien vouloir faire appel pour la reprise de la conférence susrappelée aux policiers confédérés afin d'obtenir que le canton de Genève dispose d'effectifs supplémentaires, à savoir 160 policiers en civil et 140 en uniforme.

De surcroît, nous souhaiterions que la Confédération mette à la disposition de la police genevoise la caserne des Vernets aux fins de loger les policiers que les autres cantons nous fourniront. Enfin, nous vous invitons à solliciter du service de sécurité de l'armée le prêt de 10 voitures et de 20 bus de marque VW.

Nous vous savons gré une nouvelle fois de l'accueil que vous ne manquerez pas de réserver à cette démarche, qui s'inscrit dans le cadre de la solidarité confédérale, et saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

Le chancelier :

J. Halimi

Le président :

R. Weill

An alle

Kantonsregierungen

Sollten sich später weitere Konferenzen erhalten werden, werden wir gegebenenfalls erneut an Euch gelangen.

Getreue, liebe Eidgenossen, *Life and Solidarity in dieser Angelegenheit und benützen auch diesen Anlass, um Euch, getraut liebe*
Die zurzeit unterbrochene libanesische Versöhnungskonferenz in Genf wird nach dem heutigen Stand der Dinge voraussichtlich weitergeführt. Frühestmöglicher Wiederbeginn ist Ende November 1983. Möglicherweise erfolgt die erneute Einberufung auch erst für den Dezember oder sogar für das nächste Jahr. Die Dauer ist unbestimmt; man rechnet für die nächste Sitzung mit rund einer Woche. Weitere Konferenzphasen könnten später stattfinden. Die Durchführung der Konferenz bedingt umfassende Sicherheitsvorkehrungen.

Der Bundeskanzler
Der Kanton Genf liess uns mit Schreiben vom 7. November 1983 wissen, dass er für die Gewährleistung ausreichender Sicherheitsmassnahmen der Mithilfe von 300 ausserkantonalen Polizeibeamten (160 in Zivil und 140 in Uniform) bedarf. Die Anzahl der benötigten Beamten erklärt sich aus dem infolge konkreter Drohungen noch gestiegenen Gefährdungsgrad, aus der extremen Dauerbelastung der Genfer Polizei infolge ihres Engagements in zwei sich kurzfristig folgenden Grossanlässen (Palästina-Konferenz und libanesische Versöhnungskonferenz) sowie aus den dezentralisierten Bewachungsbedürfnissen.

Wir erachten das Gesuch Genfs als begründet und laden deshalb alle Kantonsregierungen ein, ihm zu entsprechen und dem Kanton Genf die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Der Bund wird Euch die Kosten des Einsatzes auf der Basis eines Ansatzes von 150 Franken pro Mann und Tag vergüten. Dieser Ansatz ist auch auf die bereits in der ersten Konferenzphase erbrachten Dienstleistungen anwendbar.

- 2 -

A tous les gouvernements cantonaux

Sollten sich später weitere Konferenzphasen ergeben, würden wir gegebenenfalls erneut an Euch gelangen.

Wir danken Euch für alle Hilfe und Solidarität in dieser Angelegenheit und benützen auch diesen Anlass, um Euch, getreue liebe Eidgenossen, samt uns, Gottes Machtschutz zu empfehlen.

IM NAMEN DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRATES

Der Bundespräsident

Der Bundeskanzler

3003 Bern, den 16. November 1983

A tous les gouvernements cantonaux

Fidèles et chers Confédérés, cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander, avec nous, à la protection Momentanément suspendue, la Conférence de réconciliation libanaise se poursuivra probablement à Genève, compte tenu de l'état actuel des choses. La reprise de la Conférence pourrait intervenir, au plus tôt, à la fin de novembre 1983. Elle pourrait aussi n'avoir lieu qu'en décembre ou même que l'an prochain. La durée de la réunion est incertaine; on s'attend à une session d'une semaine environ. D'autres phases de la Conférence pourraient se dérouler ultérieurement. L'organisation de la Conférence nécessite l'application de mesures de sécurité étendues.

Le 7 novembre 1983, le Canton de Genève nous a informés par écrit qu'il avait besoin de l'aide de 300 fonctionnaires de police (160 en civil et 140 en uniforme) d'autres cantons pour garantir l'application de mesures de sécurité suffisantes. Le nombre de fonctionnaires requis s'explique par le risque de danger encore accru par des menaces concrètes, par l'extrême sollicitation de tous les instants que connaît la police genevoise à la suite de son engagement dans deux événements importants rapprochés (Conférence sur la Palestine et Conférence de réconciliation libanaise), ainsi que par les obligations de procéder à des surveillances décentralisées.

Nous considérons la demande de Genève comme fondée. Par conséquent, nous invitons tous les gouvernements cantonaux à y répondre et à mettre à la disposition du Canton de Genève les forces de police nécessaires. La Confédération vous remboursera les frais de l'engagement sur la base d'une indemnité de 150 francs par homme et par jour. Ce taux est également applicable pour les prestations de service fournies durant la première phase de la Conférence. Si la Conférence devait se poursuivre ulté-

- 2 -

rieurement, nous nous adresserions de nouveau à vous, en cas de nécessité.

Nous vous remercions de votre aide et de votre solidarité en l'occurrence et saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander, avec nous, à la protection divine.

fidèles et chers Confédérés,
 AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Nous avons l'honneur de vous remercier à votre lettre du 7 novembre 1983 concernant les mesures à prendre pour la Conférence de réconciliation libanaise.
 Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération

Nous vous confirmons que le Conseil fédéral a pris, en date du 16 novembre 1983, les décisions nécessaires dans le sens de votre demande.
 Berne, le 16 novembre 1983

Nous avons notamment décidé de faire appel aux Cantons pour la mise sur pied d'un renfort de 300 policiers confédérés. En plus, nous allons mettre à votre disposition, dans la mesure du possible, la caserne des Vernets pour y loger les contingents confédérés. Dix voitures "Opel Rekord" et 20 bus "VW", provenant des États de l'armée, vous seront prêtés. Nous vous prions, à cet effet, de prendre directement contact avec le Département militaire fédéral. En ce qui concerne les frais des mesures envisagées, nous avons ouvert un crédit spécial.

Nous saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL

Le Chancelier

Le Président

Berné, le 16 novembre 1983

Libanaisische Versöhnungskonferenz
 Sicherheitsmassnahmen des Staates
 und des Kantons Genf vom 7. November 1983
 Beantwortung

Au Conseil d'Etat de la République
 et Canton de Genève

G e n è v e

Conférence de réconciliation libanaise

Fidèles et chers Confédérés,

Nous avons l'honneur de nous référer à votre lettre du 7 novembre 1983 concernant les mesures à prendre en relation avec la Conférence de réconciliation libanaise.

Nous vous confirmons que le Conseil fédéral a pris, en date du 16 novembre 1983, les décisions nécessaires dans le sens de votre requête.

Nous avons notamment décidé de faire appel aux Cantons pour la mise sur pied d'un renfort de 300 policiers confédérés. En plus, nous allons mettre à votre disposition, dans la mesure du possible, la caserne des Vernets pour y loger les contingents confédérés. Dix voitures "Opel Rekord" et 20 bus "VW", provenant des états de l'armée, vous seront prêtés. Nous vous prions, à cet effet, de prendre directement contact avec le Département militaire fédéral. En ce qui concerne les frais des mesures envisagées, nous avons ouvert un crédit spécial.

Nous saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL

Le Chancelier

Le Président

Berne, le 16 novembre 1983

Libanesische Versöhnungskonferenz in Genf;
Sicherheitsmassnahmen des Staatsrates der Republik
und des Kantons Genf vom 7. November 1983;
Beantwortung

Aufgrund des Antrages des EDA vom 15. November 1983,
aufgrund des Mitberichtsverfahrens,

wird beschlossen:

1. Das Begehren der Behörden der Republik und des Kantons Genf vom 7. November 1983 (siehe Beilage) um Verstärkung resp. Entlastung ihrer eigenen Polizei durch Polizeikräfte anderer Kantone im Zusammenhang mit der libanesischen Versöhnungskonferenz ist im Lichte der Ausführungen im Antrag begründet.
2. Der Bundesrat lädt die Kantonsregierungen mit beigelegtem Schreiben ein, dem Kanton Genf die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz der ausserkantonalen Beamten wird mit 150 Franken pro Mann und Tag entschädigt.
3. Für die Dauer der libanesischen Versöhnungskonferenz werden 10 Personenwagen der Marke "Opel Rekord" und 20 "VW"-Busse leihweise, versehen mit zivilen Kontrollschildern und ohne Fahrzeuglenker, abgegeben.

Die Kaserne in Les Vernets wird als Unterkunft der zusätzlich eingesetzten Polizeibeamten der anderen Kantone für Sicherungsaufgaben zur Verfügung gestellt.

4. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten wird für 1983 zu einer Kreditüberschreitung in Höhe der nicht bezifferbaren Gesamtaufwendungen ermächtigt. Es wird ferner ermächtigt, für die im Jahre 1984 zu tätigen Ausgaben im Zusammenhang mit der Konferenz, die ebenfalls noch nicht zu beziffern sind, zu gegebener Zeit ein Nachtragskreditbegehren im Umfang der tatsächlichen Kosten einzureichen. Dazu wird eine Ad-hoc-Budget-Rubrik 201.373.05 "Libanesische Versöhnungskonferenz" eröffnet.
5. Der Entwurf eines Antwortschreibens an den Staatsrat der Republik und des Kantons Genf (siehe Beilage) wird genehmigt.

6. Vollzug der Ziffer 2 hiervoor durch das Justiz- und Polizeidepartement. Vollzug der Ziffer 3 hiervoor durch das Militärdepartement. Vollzug der Ziffer 4 hiervoor durch das Departement für auswärtige Angelegenheiten und das Finanzdepartement. Vollzug der Ziffer 5 hiervoor durch die Bundeskanzlei.
7. Alle Beschlusspunkte hiervoor gelten für die gesamte Dauer der Konferenz, d.h. für alle möglicherweise durch zeitliche Unterbrüche voneinander getrennten Konferenzphasen. Die in den Ziffern 2 und 5 hiervoor genannten Schreiben sind jeweils sinngemäss anzupassen und durch die mit dem Vollzug beauftragten Departemente direkt zu veranlassen. Dasselbe gilt für die Unterbringung und für die Materialausleihe durch die Armee im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

fidèles et chers Confédérés,

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Nous avons l'honneur de vous référer le 7 novembre 1983 concernant les mesures à prendre en relation avec la Conférence de réconciliation libanaise.

Nous vous confirmons que le Conseil fédéral a pris, en date du 16 novembre 1983, les décisions nécessaires dans le sens de votre requête.

Mitteilung:

An den Staatsrat Genf,
an die Kantonsregierungen, durch die Bundeskanzlei

notamment décidé de faire appel aux Cantons pour la mesure du possible, la caserne des Vernets pour y loger les contingents confédérés. Dix voitures "Opel Rekord" et 20 bus "VW", provenant des stocks de l'armée, vous seront prêtés. Nous vous prions, à cet effet, de prendre directement contact avec le Département militaire fédéral. En ce qui concerne les frais des mesures envisagées, nous avons ouvert un crédit spécial.

Nous saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

AU NOM DU CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

Au Conseil d'Etat de la République
et Canton de Genève

Genève

Conférence de réconciliation libanaise

Fidèles et chers Confédérés,

Nous avons l'honneur de nous référer à votre lettre du 7 novembre 1983 concernant les mesures à prendre en relation avec la Conférence de réconciliation libanaise.

Nous vous confirmons que le Conseil fédéral a pris, en date du 16 novembre 1983, les décisions nécessaires dans le sens de votre requête.

Nous avons notamment décidé de faire appel aux Cantons pour la mise sur pied d'un renfort de 300 policiers confédérés. En plus, nous allons mettre à votre disposition, dans la mesure du possible, la caserne des Vernets pour y loger les contingents confédérés. Dix voitures "Opel Rekord" et 20 bus "VW", provenant des états de l'armée, vous seront prêtés. Nous vous prions, à cet effet, de prendre directement contact avec le Département militaire fédéral. En ce qui concerne les frais des mesures envisagées, nous avons ouvert un crédit spécial.

Nous saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération

Berne, le 16 novembre 1983



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

An alle Kantonsregierungen

Getreue, liebe Eidgenossen,

Die zurzeit unterbrochene libanesische Versöhnungskonferenz in Genf wird nach dem heutigen Stand der Dinge voraussichtlich weitergeführt. Frühestmöglicher Wiederbeginn ist Ende November 1983. Möglicherweise erfolgt die erneute Einberufung auch erst für den Dezember oder sogar für das nächste Jahr. Die Dauer ist unbestimmt; man rechnet für die nächste Sitzung mit rund einer Woche. Weitere Konferenzphasen könnten später stattfinden. Die Durchführung der Konferenz bedingt umfassende Sicherheitsvorkehrungen.

Der Kanton Genf liess uns mit Schreiben vom 7. November 1983 wissen, dass er für die Gewährleistung ausreichender Sicherheitsmassnahmen der Mithilfe von 300 ausserkantonalen Polizeibeamten (160 in Zivil und 140 in Uniform) bedarf. Die Anzahl der benötigten Beamten erklärt sich aus dem infolge konkreter Drohungen noch gestiegenen Gefährdungsgrad, aus der extremen Dauerbelastung der Genfer Polizei infolge ihres Engagements in zwei sich kurzfristig folgenden Grossanlässen (Palästinakonferenz und libanesische Versöhnungskonferenz) sowie aus den dezentralisierten Bewachungsbedürfnissen.

Wir erachten das Gesuch Genfs als begründet und laden deshalb alle Kantonsregierungen ein, ihm zu entsprechen und dem Kanton Genf die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Der Bund wird Euch die Kosten des Einsatzes auf der Basis eines Ansatzes von 150 Franken pro Mann und Tag vergüten. Dieser Ansatz ist auch auf die bereits in der ersten Konferenzphase erbrachten Dienstleistungen anwendbar.

Sollten sich später weitere Konferenzphasen ergeben, würden wir gegebenenfalls erneut an Euch gelangen.

Wir danken Euch für alle Hilfe und Solidarität in dieser Angelegenheit und benützen auch diesen Anlass, um Euch, getreue liebe Eidgenossen, samt uns, Gottes Machtschutz zu empfehlen.

IM NAMEN DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRAATES

Der Bundespräsident

Der Bundeskanzler

3003 Bern, den 16. November 1983



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

A tous les gouvernements cantonaux

Fidèles et chers Confédérés,

Momentanément suspendue, la Conférence de réconciliation libanaise se poursuivra probablement à Genève, compte tenu de l'état actuel des choses. La reprise de la Conférence pourrait intervenir, au plus tôt, à la fin de novembre 1983. Elle pourrait aussi n'avoir lieu qu'en décembre ou même que l'an prochain. La durée de la réunion est incertaine; on s'attend à une session d'une semaine environ. D'autres phases de la Conférence pourraient se dérouler ultérieurement. L'organisation de la Conférence nécessite l'application de mesures de sécurité étendues.

Le 7 novembre 1983, le Canton de Genève nous a informés par écrit qu'il avait besoin de l'aide de 300 fonctionnaires de police (160 en civil et 140 en uniforme) d'autres cantons pour garantir l'application de mesures de sécurité suffisantes. Le nombre de fonctionnaires requis s'explique par le risque de danger encore accru par des menaces concrètes, par l'extrême sollicitation de tous les instants que connaît la police genevoise à la suite de son engagement dans deux événements importants rapprochés (Conférence sur la Palestine et Conférence de réconciliation libanaise), ainsi que par les obligations de procéder à des surveillances décentralisées.

Nous considérons la demande de Genève comme fondée. Par conséquent, nous invitons tous les gouvernements cantonaux à y répondre et à mettre à la disposition du Canton de Genève les forces de police nécessaires. La Confédération vous remboursera les frais de l'engagement sur la base d'une indemnité de 150 francs par homme et par jour. Ce taux est également applicable

pour les prestations de service fournies durant la première phase de la Conférence. Si la Conférence devait se poursuivre ultérieurement, nous nous adresserions de nouveau à vous, en cas de nécessité.

Nous vous remercions de votre aide et de votre solidarité en l'occurrence et saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander, avec nous, à la protection divine.

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération

Berne, le 16 novembre 1983



IL CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

A tutti i Governi cantonali

Fedeli e cari Confederati,

La Conferenza di riconciliazione libanese, momentaneamente sospesa, verrà probabilmente riavviata a Ginevra in considerazione della situazione attuale. La ripresa della Conferenza è prevista, al più presto, per la fine di novembre ma potrebbe aver luogo solo in dicembre o addirittura l'anno prossimo. Anche la durata della riunione è incerta; è prevista una sessione di circa una settimana. Altre fasi della Conferenza potrebbero svolgersi ulteriormente. Per l'organizzazione della Conferenza sono necessarie ampie misure di sicurezza.

Il 7 novembre 1983, il Cantone di Ginevra ci ha scritto comunicandoci che aveva bisogno dell'aiuto di 300 funzionari di polizia (160 in borghese e 140 in uniforme) provenienti da altri Cantoni per poter garantire l'applicazione di misure di sicurezza sufficienti. Il numero di funzionari richiesti è giustificato dal rischio sempre crescente di pericoli a causa di minacce concrete, dal continuo impegno, sempre al limite delle possibilità, della polizia ginevrina in seguito alla sua presenza in due avvenimenti importanti, susseguitisi a breve intervallo (Conferenza sulla Palestina e Conferenza di riconciliazione libanese) nonchè dagli obblighi di esercitare una vigilanza decentralizzata.

Consideriamo fondata la richiesta di Ginevra. Conseguentemente invitiamo tutti i Governi cantonali ad aderirvi e a mettere a disposizione del Cantone di Ginevra le forze di polizia necessarie. La Confederazione vi rimborserà le spese dell'intervento sulla base di un'indennità di 150 franchi al giorno per uomo.

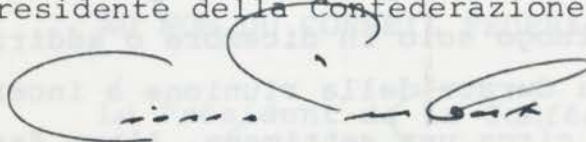
Quest'aliquota è applicabile parimente per le prestazioni di servizio fornite durante la prima fase della Conferenza. Se quest'ultima dovesse proseguire ulteriormente, in caso di necessità ci rivolgeremo nuovamente a voi.

Vi ringraziamo per l'aiuto e la solidarietà dimostrata in questa circostanza.

Cogliamo anche questa occasione, fedeli e cari Confederati, per raccomandarvi con noi alla protezione divina.

IN NOME DEL CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Il Presidente della Confederazione



Il Cancelliere della Confederazione



3003 Berna, 16 novembre 1983